

WOLFGANG WURMNEST

Grundzüge eines
europäischen
Haftungsrechts

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

102

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

102

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Wolfgang Wurmnest

Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts

Eine rechtsvergleichende Untersuchung
des Gemeinschaftsrechts

Mohr Siebeck

Wolfgang Wurmnest, geboren 1969; 1992–1998 Studium der Rechtswissenschaft in Hamburg und Lyon; 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Europa-Kolleg-Hamburg; 1999 Stipendiat des DFG-Graduiertenkollegs „Integrationsforschung“; 2000–2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für ausländisches und internationales Privat- und Prozessrecht an der Universität Hamburg; 2000–2002 Referendariat; 2002 Promotion; seit August 2002 wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht.

978-3-16-158527-2 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-147998-X

ISSN 0720-1147 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2002 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Europa-Kolleg Hamburg und am Seminar für ausländisches und internationales Privat- und Prozeßrecht an der Universität Hamburg sowie als Kollegiat des Graduiertenkollegs „Integrationsforschung“. Den rechtsvergleichenden Teil der Arbeit durfte ich als Gast am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg verfassen.

Danken möchte ich allen, die mit durch Rat und Kritik bei der Erstellung der Arbeit unterstützt haben. In erster Linie meinem akademischen Lehrer Herrn *Prof. Dr. Ulrich Magnus*, an dessen Lehrstuhl ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. Dank gebührt auch dem Zweitvotanten, Herrn *Prof. Dr. Peter Behrens M.C.J.*, der mir wertvolle Hinweise zur Verbesserung der Darstellung gab. Den Direktoren des Instituts für Integrationsforschung sei an dieser Stelle für die vielen fruchtbaren Diskussionen im Rahmen des Graduiertenkollegs „Integrationsforschung“ gedankt. Mein aufrichtiger Dank gilt zudem den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe. Er erstreckt sich auch auf die Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts und des Europa-Kollegs, die mir viel Freiraum bei der Arbeit gelassen haben. Stellvertretend für sie sollen der (damalige) Leiter der Bibliothek des MPI, Herr *Dr. Jürgen Christoph Gödan*, und die Geschäftsführerin des Europa-Kollegs, Frau *Sabina Kuhlmann*, namentlich genannt werden.

Viele Freunde haben die Arbeit in verschiedenen Stadien ganz oder zum Teil gelesen und kritisch kommentiert: *Kirsten Dauck LL.M.*, *Marco Keser LL.M Eur.*, *Jan Kleinheisterkamp*, *Dorothea Müller*, *Eva Ollig*, *Dr. Hanns Peter Nehl LL.M.*, *Dr. Carsten Nowak*, *Stefan Röffel LL.M.*, *Dr. Jens Scherpe* und *Dr. Oliver Vogt LL.M.* Frau *Irene Heinrich* hat mir mit redaktionellen Anmerkungen geholfen und Frau *Ingeborg Stahl* hat das Manuskript bis zur Druckfertigkeit betreut. Einen ganz besonderen Dank schulde ich *Elke* und *Walter Wurmnest* sowie *Barbara Jesse*, die mich immer unterstützten.

Die Arbeit wurde durch ein Promotionsstipendium der DFG und einen großzügigen Druckkostenzuschuss des Europa-Kollegs Hamburg gefördert. Sie ist auf dem Stand von November 2001. Im deutschen Recht wurde das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts sowie die Reform des Schadensersatzrechts eingearbeitet. Im Gemeinschaftsrecht konnte zudem die Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung berücksichtigt werden.

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>Einleitung</i>	1
A. Anlass und Ziel der Untersuchung	1
B. Themeneingrenzung	4
C. Methode und Gang der Darstellung	8
<i>1. Kapitel: Grundlagen der außervertraglichen Haftung im Gemeinschaftsrecht</i>	13
A. Allgemeines	13
B. Außervertragliche Haftung der Gemeinschaft	14
C. Staatshaftung der Mitgliedstaaten	43
D. Haftung der Gemeinschaft als Dienstherr	58
E. Haftungsrechtliches Sekundärrecht	63
F. Haftungsrechtliche Durchsetzung von Gemeinschaftsrecht	72
G. Andere Bereiche mit haftungsrechtlichem Bezug	80
H. Zusammenfassung	84
<i>2. Kapitel: Anspruchsübergreifende Kohärenz der Haftungssysteme</i>	87
A. Einführung	87
B. Der Grundsatz der Kohärenz	88
C. Einheitliche Grundlagen der Haftungssysteme	92
D. Ergebnis	107
<i>3. Kapitel: Europäische Haftungsgrundsätze in rechtsvergleichender Sicht: Der haftungsbegründende Tatbestand</i>	109
A. Grundlagen der nationalen Rechte	109
B. Rechtswidrigkeit	113
C. Verschulden	145
D. Kausalität und Zurechnung	159
E. Ergebnis	189

<i>4. Kapitel: Europäische Haftungsgrundsätze in rechtsvergleichender Sicht: Der haftungsausfüllende Tatbestand</i>	193
A. Grundlagen	193
B. Schaden	194
C. Art der Ersatzleistung	227
D. Zinsen und Inflation	244
E. Ersatz des materiellen Schadens	264
F. Ersatz des immateriellen Schadens	280
G. Mitverschulden	304
H. Ergebnis	319
<i>5. Kapitel: Erweiterung der gemeinschaftsrechtlichen Haftungsgrundsätze durch Rechtsvergleichung</i>	323
A. Folgerungen aus dem Rechtsvergleich der nationalen Rechte	323
B. Zusammenfassung der rechtsvergleichenden Haftungsgrundsätze	339
<i>6. Kapitel: Ergebnis der Untersuchung</i>	343
A. Rechtswidrigkeit/Verschulden	343
B. Kausalität	345
C. Schadensbegriff	346
D. Allgemeine Haftungsfolgen	347
E. Ersatz des materiellen Schadens	348
F. Ersatz des immateriellen Schadens	348
G. Mitverschulden	349
Literaturverzeichnis	351
Sachregister	381

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>Einleitung</i>	1
A. Anlass und Ziel der Untersuchung	1
B. Themeneingrenzung	4
C. Methode und Gang der Darstellung	8
<i>1. Kapitel: Grundlagen der außervertraglichen Haftung im Gemeinschaftsrecht</i>	13
A. Allgemeines	13
B. Außervertragliche Haftung der Gemeinschaft	14
I. Systematik der Haftung gem. Art. 288 II (215 II a.F.) EG, 188 II EAGV	15
1. Wertende Rechtsvergleichung als Grundlage der Rechtsfindung	16
2. Allgemeine Haftungsvoraussetzungen	18
a) Klassische Deliktshaftung	18
(1) Amtstätigkeit	19
(2) Rechtswidrigkeit und Verschulden	20
(3) Kausalität und Schaden	22
b) Erschwerter Haftungsmaßstab	23
(1) Anwendungsbereich	23
(2) Bewertungskriterien	25
II. Haftung gem. Art. 34, 40 EGKSV	27
1. Grundlagen	27
2. Haftungsvoraussetzungen	28
a) Fehlerbegriff	28
b) Schadensbegriff und Rechtsfolge	31
III. Fallgruppen	32
1. Agrarsektor	32
a) Beihilfen	32
b) Außenhandel	34
c) Quotenregelungen	35
2. Stahlmarkt	37
3. Außenwirtschaftsrecht	39
4. Öffentliche Auftragsvergabe	41
IV. Zusammenfassung	42

C.	Staatshaftung der Mitgliedstaaten.....	43
I.	Hintergrund.....	45
1.	Gemeinschaftsrechtliche Rechtsschutzlücke.....	45
2.	Besonderheiten nationaler Staatshaftungsrechte	46
3.	Ineffizienz der zentralen Rechtsdurchsetzung.....	48
II.	Anspruchsvoraussetzungen	49
1.	Gemeinschaftsrecht	49
a)	Subjektive Rechtsposition.....	50
b)	Hinreichend qualifizierter Verstoß.....	51
c)	Kausalität.....	53
2.	Nationales Recht	54
III.	Fallgruppen.....	56
IV.	Zusammenfassung.....	57
D.	Haftung der Gemeinschaft als Dienstherr	58
I.	Voraussetzungen	58
II.	Ausgewählte Fallgruppen.....	61
III.	Zusammenfassung.....	62
E.	Haftungsrechtliches Sekundärrecht.....	63
I.	Produkthaftungsrichtlinie.....	63
II.	Dienstleistungshaftung.....	66
III.	Umwelthaftung	68
IV.	Exkurs: Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen.....	69
V.	Zusammenfassung und Wertung	71
F.	Haftungsrechtliche Durchsetzung von Gemeinschaftsrecht.....	72
I.	Gleichbehandlung von Mann und Frau.....	73
II.	Kartellrecht.....	75
III.	Vergabe öffentlicher Aufträge.....	78
IV.	Zusammenfassung.....	80
G.	Andere Bereiche mit haftungsrechtlichem Bezug.....	80
I.	Einstweiliger Rechtsschutz	81
II.	Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung	82
III.	Zusammenfassung.....	84
H.	Zusammenfassung	84
	 <i>2. Kapitel: Anspruchsübergreifende Kohärenz der Haftungssysteme</i>	 87
A.	Einführung	87
B.	Der Grundsatz der Kohärenz	88
I.	Kohärenz in den haftungsrechtlichen Hauptsystemen.....	89
II.	Vernetzung mit den haftungsrechtlichen Nebensystemen	91
III.	Schlussfolgerungen	91

C. Einheitliche Grundlagen der Haftungssysteme	92
I. Zivilrechtliche Grundlagen	92
1. Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten.....	92
2. Gemeinschaftsrecht	93
II. Grundfunktionen des Haftungsrechts	94
1. Ausgleichsfunktion	94
a) Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten	94
b) Gemeinschaftsrecht	95
c) Zusammenfassung	96
2. Präventionsfunktion	96
a) Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten	96
b) Gemeinschaftsrecht	98
c) Zusammenfassung	100
3. Straffunktion	100
a) Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten	100
b) Gemeinschaftsrecht	104
c) Zusammenfassung	106
III. Zusammenfassung	107
D. Ergebnis	107
3. Kapitel: <i>Europäische Haftungsgrundsätze in rechtsvergleichender</i> <i>Sicht: Der haftungsbegründende Tatbestand</i>	109
A. Grundlagen der nationalen Rechte	109
I. Deutschland	109
II. England	110
III. Frankreich	112
B. Rechtswidrigkeit	113
I. Nationale Rechtsordnungen	113
1. Deutschland	113
a) Begriff	113
b) Rechtfertigungsgründe	115
2. England.....	116
a) Begriff	116
b) Rechtfertigungsgründe.....	118
3. Frankreich	119
a) Begriff	119
b) Rechtfertigungsgründe.....	122
4. Zusammenfassender Vergleich	123
II. Gemeinschaftsrecht	124
1. Grundlagen	124
2. Einfache Rechtswidrigkeit als Regelfall	125
a) Bestimmung einer Rechtspflicht	126

(1) Geschriebene Rechtssätze	126
(2) Ungeschriebene Rechtssätze.....	127
b) Verletzung der Rechtspflicht.....	129
c) Schutzzweck der Norm	130
d) Ergebnis.....	132
3. Qualifizierung der Rechtswidrigkeit.....	132
a) Beurteilungskriterien	133
(1) Schwere und Erkennbarkeit des Rechtsverstoßes.....	133
(2) Abgrenzbarer Kreis der Geschädigten	135
b) Funktion im Haftungstatbestand	136
(1) Verschuldenskomponente.....	136
(2) Rechtfertigungsebene	138
c) Ergebnis.....	139
4. Rechtfertigungsgründe.....	139
5. Wertung und Ergebnis.....	141
III. Vergleichende Analyse	142
1. Begriff der Rechtswidrigkeit	142
2. Haftungseingrenzung.....	143
3. Rechtfertigungsgründe.....	143
4. Qualifizierung der Rechtswidrigkeit	144
C. Verschulden.....	145
I. Nationale Rechtsordnungen	145
1. Deutschland.....	145
2. England.....	147
3. Frankreich	149
4. Zusammenfassender Vergleich	151
II. Gemeinschaftsrecht.....	153
1. Terminologischer Ansatz.....	153
2. Konzeptioneller Ansatz	154
3. Wertung und Ergebnis.....	157
III. Vergleichende Analyse	157
D. Kausalität und Zurechnung.....	159
I. Nationale Rechtsordnungen	159
1. Deutschland.....	159
a) Etablierung des Kausalzusammenhangs	159
b) Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	162
2. England.....	164
a) Etablierung des Kausalzusammenhangs	164
b) Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	168
3. Frankreich	169
a) Etablierung des Kausalzusammenhangs	169
b) Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	172

4. Zusammenfassender Vergleich.....	174
II. Gemeinschaftsrecht	167
1. Grundlagen	167
2. Äquivalenztheorie	177
3. Einschränkende Positionen.....	178
4. Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	181
5. Wertung und Ergebnis.....	185
III. Vergleichende Analyse	186
1. Etablierung des Kausalzusammenhangs	186
2. Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	187
E. Ergebnis	189
I. Rechtswidrigkeit/Verschulden	189
II. Kausalität und Zurechnung	190
4. Kapitel: <i>Europäische Haftungsgrundsätze in rechtsvergleichender Sicht: Der haftungsausfüllende Tatbestand</i>	193
A. Grundlagen.....	193
B. Schaden.....	194
I. Nationale Rechtsordnungen	194
1. Deutschland	194
a) Definitionsansätze	194
b) Verlorene Chancen	197
2. England.....	198
a) Definitionsansätze	198
b) Verlorene Chancen	200
3. Frankreich.....	202
a) Definitionsansätze	202
b) Verlorene Chancen	205
4. Zusammenfassender Vergleich	207
II. Gemeinschaftsrecht	208
1. Grundlagen	208
2. Tatsächlicher Schaden.....	212
a) Zukünftige Schäden.....	212
b) Verlorene Chancen	213
3. Sicherer Schaden.....	218
4. Spezifischer Schaden	220
5. Wertung und Ergebnis.....	222
III. Vergleichende Analyse	224
1. Schadensdefinition	224
2. Verlorene Chancen.....	226
C. Art der Ersatzleistung.....	227
I. Nationale Rechtsordnungen	227

1.	Deutschland.....	227
2.	England.....	227
3.	Frankreich.....	230
4.	Zusammenfassender Vergleich.....	231
II.	Gemeinschaftsrecht.....	232
1.	Grundprinzipien.....	232
2.	Geldersatz.....	234
3.	Naturalrestitution.....	235
4.	Symbolischer Schadensersatz.....	237
5.	Exkurs: Wahrung der Ersatzleistung.....	239
6.	Wertung und Ergebnis.....	241
III.	Vergleichende Analyse.....	242
1.	Grundprinzipien des Schadensrechts.....	242
2.	Ausgleichsarten.....	242
D.	Zinsen und Inflation.....	244
I.	Nationale Rechtsordnungen.....	244
1.	Deutschland.....	244
a)	Zinsen.....	244
b)	Inflation.....	264
2.	England.....	246
a)	Zinsen.....	246
b)	Inflation.....	248
3.	Frankreich.....	249
a)	Zinsen.....	249
b)	Inflation.....	250
4.	Zusammenfassender Vergleich.....	250
II.	Gemeinschaftsrecht.....	251
1.	Grundlagen.....	252
2.	Verzugszinsen.....	253
3.	Ausgleichszinsen.....	258
4.	Wertung und Ergebnis.....	259
III.	Vergleichende Analyse.....	260
1.	Zinsen.....	260
2.	Inflation.....	262
E.	Ersatz des materiellen Schadens.....	264
I.	Nationale Rechtsordnungen.....	264
1.	Deutschland.....	264
a)	Systematik.....	264
b)	Berechnung.....	266
2.	England.....	267
a)	Systematik.....	267
b)	Berechnung.....	268
3.	Frankreich.....	269

a) Systematik.....	269
b) Berechnung.....	270
4. Zusammenfassender Vergleich.....	270
II. Gemeinschaftsrecht.....	272
1. Begriffsbestimmung.....	272
2. Berechnungsgrundlage.....	273
3. Fallgruppen.....	275
4. Wertung und Ergebnis.....	276
III. Vergleichende Analyse.....	277
1. Systematik.....	277
2. Berechnungsmethode.....	278
3. Einzelne Positionen.....	278
F. Ersatz des immateriellen Schadens.....	280
I. Nationale Rechtsordnungen.....	280
1. Deutschland.....	280
a) Systematik.....	280
b) Bemessungsgrundlagen.....	281
2. England.....	282
a) Systematik.....	282
b) Bemessungsgrundlagen.....	285
3. Frankreich.....	285
a) Systematik.....	285
b) Bemessungsgrundlagen.....	287
4. Zusammenfassender Vergleich.....	287
II. Gemeinschaftsrecht.....	289
1. Begriffsbestimmung und Berechnungsgrundlage.....	289
2. Fallgruppen.....	291
a) Schmerzensgeld.....	291
b) Psychisches Leid.....	292
c) Ehrverletzung.....	294
d) Verlorene Chancen.....	295
e) Ausgleich für überlange Verfahren.....	296
3. Wertung und Ergebnis.....	298
III. Vergleichende Analyse.....	300
1. Begriff und Systematik.....	300
2. Ersatzfähige Positionen.....	301
3. Bemessungsgrundlage.....	302
G. Mitverschulden.....	304
I. Nationale Rechtsordnungen.....	304
1. Deutschland.....	304
a) Grundlagen.....	304
b) Voraussetzungen.....	305
c) Rechtsfolge.....	306

2.	England.....	307
	a) Grundlagen.....	307
	b) Voraussetzungen.....	308
	c) Rechtsfolge.....	309
3.	Frankreich.....	309
	a) Grundlagen.....	309
	b) Voraussetzungen.....	310
	c) Rechtsfolge.....	310
4.	Zusammenfassender Vergleich.....	311
II.	Gemeinschaftsrecht.....	312
	1. Grundlagen.....	312
	2. Voraussetzungen.....	314
	a) Eigenes Mitverschulden.....	314
	b) Drittmitverschulden.....	315
	3. Rechtsfolge.....	316
	4. Wertung und Ergebnis.....	316
III.	Vergleichende Analyse.....	317
	1. Einordnung.....	317
	2. Voraussetzungen.....	318
	3. Rechtsfolge.....	318
H.	Ergebnis.....	319
	I. Schadensbegriff.....	319
	II. Allgemeine Haftungsfolgen.....	319
	III. Ersatz des materiellen Schadens.....	320
	IV. Ersatz des immateriellen Schadens.....	321
	V. Mitverschulden.....	321
5. Kapitel: Erweiterung der gemeinschaftsrechtlichen Haftungsgrundsätze durch Rechtsvergleichung.....		323
A.	Folgerungen aus dem Rechtsvergleich der nationalen Rechte.....	323
	I. Rechtswidrigkeit/Verschulden.....	323
	II. Kausalität.....	326
	III. Schadensbegriff.....	330
	IV. Allgemeine Haftungsfolgen.....	331
	V. Ersatz des materiellen Schadens.....	333
	VI. Ersatz des immateriellen Schadens.....	334
	VII. Mitverschulden.....	336
B.	Zusammenfassung der rechtsvergleichenden Haftungsgrundsätze.....	339
	I. Rechtswidrigkeit/Verschulden.....	339
	II. Kausalität.....	339
	III. Schadensbegriff.....	340

IV. Allgemeine Haftungsfolgen	340
V. Ersatz des materiellen Schadens	340
VI. Ersatz des immateriellen Schadens	341
VII. Mitverschulden	341
6. Kapitel: <i>Ergebnis der Untersuchung</i>	343
A. Rechtswidrigkeit/Verschulden	343
B. Kausalität	345
C. Schadensbegriff	346
D. Allgemeine Haftungsfolgen	347
E. Ersatz des materiellen Schadens	348
F. Ersatz des immateriellen Schadens	348
G. Mitverschulden	349
Literaturverzeichnis	351
Sachregister	381

Abkürzungsverzeichnis

A.C.	Appeal Cases (Law Reports 3rd Series 1891-)
ABl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AGBG	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
AJDA	Actualité juridique/Droit administratif
ALJR	Australian Law Journal Reports
All E.R.	All England Law Reports
ARS	Archiv für Recht und Sozialphilosophie
Ass. Plén.	Assemblée Plénière
BB	Betriebsberater
BEUC	Bureau des Consommateurs Européens
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Bull. Civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de Cassation en matière civile
Bull. Crim.	Bulletin des arrêts de la Cour de Cassation en matière criminelle
Bull.EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften
C Ass	Code des Assurances
C Com	Code de Commerce
C Rur	Code Rural
C SS	Code de la Sécurité Sociale
C. app.	Corte d'appello
C. const	Corte costituzionale
C. Exch	Court of Exchequer
C.A.	Court of Appeal
C.J.	Lord Chief Justice
CA	Cour d'Appel
Cass. civ.	Cour de Cassation, Chambre Civile
Cass. com.	Cour de Cassation, Chambre Commerciale
Cass. crim.	Cour de Cassation, Chambre Criminelle
Cass. mixte	Cour de Cassation, Chambre mixte
Cass. req.	Cour de Cassation, Chambre des Requêts
Cass. réun.	Cour de Cassation, Chambre réunie
Cass. soc.	Cour de Cassation, Chambre sociale
Cc	Code Civil
CDE	Cahiers de droit européen
CE	Conseil d'État
Ch.	Chancery Division (Law Reports) / Chapter
chron.	Chronique
CLJ	Cambridge Law Journal
CLY	Current Law Yearbook
CML Rep.	Common Market Law Reports
CMLR	Common Market Law Review
CMR	Convention relative au contrat de transport international de marchandises par route
Columb. J. of Europ. L.	Columbia Journal of European Law
Columb. J. of Transnat. L.	Columbia Journal of Transnational Law
D.	Recueil Dalloz Sirey

DB	Der Betrieb
Dir. inf.	Diritto dell'informazione dell'informatica
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DriZ	Deutsche Richterzeitung
DV	Die Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E.(E.)C.	European (Economic) Community
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EBOR	European Business Organization Law Review
ECLR	European Competition Law Review
ECU	European Currency Unit
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft in der Fassung des Vertrags von Amsterdam / Europäische Gemeinschaft(en)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSv	Vertrag zur Gründung der Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
ELR	European Law Review
ELRep.	European Law Reporter
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVO	Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen
EuR	Europarecht
Europ. Leg. Forum	The European Legal Forum
Europ. Publ. L.	European Public Law
EuGRZ	Europäische Grundrecht-Zeitschrift
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
F & F	Foster & Finlason's English Nisi Prius Reports
Fam.	Family Division (Law Reports)
Fasc.	Fascicule
FG	Festgabe
FIDE	Fédération internationale de droit européen
Fordham Int'l L. J.	Fordham International Law Journal
Foro it.	Foro italiano
FSR	Fleet Street Reports
GA	Generalanwalt
Giurispr. ital.	Giurisprudenza italiana
GP	Gazette du Palais
Hastings Int'l & Comp. L. Rev.	Hastings International and Comparative Law Review
H.C.	High Court of Justice
H.D.	Högsta domstolens domar

H.L.	House of Lords
Harv. J. M. Working P.	Harvard Jean Monnet Working Paper
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
I.R.	Informations rapides
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
J., JJ.	Judge, Judges
JA	Juristische Ausbildung
JB1.	Juristische Blätter
J.B.L.	Journal of Business Law
JbÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JCMS	Journal of Common Market Studies
JCP	Juris-Classeur Périodique (La Semaine Juridique)
JO	Journal Officiel
Jur.	The Jurist
Jurisl. Civ.	Juris-classeur Civil
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
K.B.	King's Bench Division (Law Reports)
L. Ed. 2d	Lawyers' Edition, Second Edition
L.C.	Lord Chancellor
L.J.	Lord Justice
LIEI	Legal Issues of European Integration
Lloyd's Rep.	Lloyd's List Reports
LNTS	League of Nations Treaty Series
Loy. L.A. Int'l & Comp. L. J.	Loyola of Los Angeles International and Comparative Law Journal
LQR	Law Quarterly Review
LT	Law Times
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
M.R.	Master of the Rolls
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
MJ	Maastricht Journal of European Law
MLR	Modern Law Review
NCP	Nouveau Code Pénal
NJA	Nytt juridiskt arkiv
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NYULR	New York University Law Review
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
o.V.	Ohne Verfasser
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
ÖJT	Österreichischer Juristentag
PHI	Produkthaftpflicht International
Priv. C.	Privy Council
Q.B.	Queen's Bench Division (Law Report)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
Rec.	Recueil
Rev. crit. De jurispr. Belge	Revue critique de jurisprudence belge
Rev. crit. Législ. et jurisp.	Revue critique de législation et de jurisprudence
Rev. trim. Dr. civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RFD adm.	Revue française de droit administratif

RGBl.	Reichsgesetzblatt
Riv. dir. Eur.	Rivista di diritto europeo
Riv. dir. Priv. proc.	Rivista di diritto privato et processuale
Riv. ital. Dir. Lav	Rivista italiana di diritto del lavoro
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rra	Reiserecht Aktuell
RTDC	Revue trimestrielle de droit communautaire
RTDE	Revue trimestrielle de droit européen
RvdW	Rechtspraak van de Week
S.Ct.	Supreme Court
S.I.	Statutory Instruments
SEK	Schwedische Kronen
SJZ	Schweizerische Juristen Zeitung
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
Slg.ÖD	Gericht erster Instanz, Sammlung der Rechtsprechung – Öffentlicher Dienst
SLT	Scots Law Times
Sol. Jo.	Solicitor's Journal
Stat.	Statute
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
T.C.	Tribunal des Conflits
Term Rep.	Term Reports, English King's Bench
TransportR	Transportrecht
Trib. Civ.	Tribunal Civil
UCLA L. Rev	University of California Los Angeles Law Review
ULR	Uniform Law Review
UNTS	United Nations Treaty Series
USC.	United States Code
v.	Von/versus
VerfO	Verfahrensordnung
VersR	Versicherungsrecht
VO	Verordnung
W.Bl.	Sir William Blackstones's King's Bench Reports
WBl	Wirtschaftsrechtliche Blätter
WLR	Weekly Law Reports
WWR	Western Weekly Reports
Yale L. J.	Yale Law Journal
YBEL	Yearbook of European Law
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Zeup	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
Zeus	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschafts- recht, Zeitschrift für Handelsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform

Einleitung

A. Anlass und Ziel der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit hat das Ziel, die Grundprinzipien eines kohärenten außervertraglichen Haftungsrechts der Europäischen Gemeinschaft aufzuzeigen. Die Aufarbeitung des Gemeinschaftsprivatrechts kann bei der Ausarbeitung eines gemeineuropäischen Deliktsrechts wertvolle Hilfe bieten. Die Arbeit an einem neuen *ius commune* schreitet zügig voran. Die Rechtslehre hat bislang mit zwei wissenschaftlichen Ansätzen gearbeitet, die häufig miteinander verknüpft werden. Ein Teil vergleicht die europäischen Rechtsordnungen miteinander, um aus ihnen Gemeinsamkeiten für die Schaffung eines Gemeinschaftsprivatrechts zu gewinnen.¹ Ein anderer Ansatz, der bisweilen mit dem ersten einhergeht, untersucht aus rechtshistorischer Sicht, inwieweit gemeinsame Grundlagen der abendländischen Rechtstradition die Kodifikationsära überdauert haben und unter Einbeziehung des *common law* als Rechtserkenntnisquelle zur Entwicklung einer europäischen Privatrechtsordnung herangezogen werden können.² Neuerdings kann man einen dritten Ansatz ausmachen, der das Gemeinschaftsprivatrecht in den Mittelpunkt rückt und aus ihm allgemeine Rechtsgrundsätze des Privatrechts ableitet.³

Dieser „dritte Weg“ muss insbesondere bei der Ausarbeitung eines einheitlichen Deliktsrechts berücksichtigt werden. Rechtsvergleichende Untersuchungen der europäischen Zivilrechte kommen zum Ergebnis, dass die nationalen Deliktsrechte in Europa – zumindest in ihrer Begriffsbildung und Struktur – größere Unterschiede aufweisen.⁴ Grundregeln für ein einheitliches Deliktsrecht lassen sich daher schwer bilden. Hier kann möglicherweise das Gemeinschaftsrecht helfen. Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften und das Gericht erster Instanz bilden – insbesondere gem. Art. 288 II (215 II a.F.) EG – gemeinschaftsrechtliche Haftungsregeln aus den allgemeinen Rechtsgrundsätzen der nationalen Rechtsordnungen. Grundregeln eines außervertraglichen

¹ Vgl. aus dem umfassenden Schrifttum nur die Beiträge in dem von *Hartkamp/Hesselink/Hondius* herausgegebenen Buch „Towards a European Civil Code“ sowie *Kötz*, in: *Müller-Graff*, *Geimesames Privatrecht*, S. 149 ff.; *Lando*, *RabelsZ* 56 (1992), S. 261 ff.; *Magnus*, *ERPL* 3 (1995), S. 427, 442 f.; *ders.*, *ZEuP* 1998, S. 602 m.w.N.

² Vgl. nur *Zimmermann*, *The Law of Obligations*, passim; *ders.*, *JZ* 1992, S. 8, 9 f.; *ders.*, *AcP* 202 (2002), S. 243 ff.; *Knütel*, *ZEuP* 1994, S. 244, 251 ff.

³ Vgl. nur *Basedow*, *Legal Studies* 18 (1998), S. 121, 135 ff. Für das Deliktsrecht wurde dieser Ansatz sehr früh von *van Gerven* angedacht, vgl. *van Gerven*, *ERPL* 3 (1995), S. 367 ff.; *ders.*, *ERPL* 5 (1997), S. 293 ff.; zum Vertragsrecht siehe: *Schulte-Noelke*, *Europäisches Verbrauchervertragsrecht*, passim sowie die Arbeiten der sog. *Acquis-Gruppe*.

⁴ v. *Bar*, *Gemeineuropäisches Deliktsrecht I*, Rn. 10 ff.; *Jansen*, *ZEuP* 2001, S. 30, 64; *Kadner-Graziano*, *Gemeineuropäisches IPR*, S. 105 ff.; *Wagner* betont hingegen, dass die Oberflächenstruktur sehr unterschiedlich ist, die Rechte sich aber in ihren normativen Tiefenstrukturen gleichen, in: *Zimmermann*, *Grundstrukturen*, S. 339.

Haftungsrechts, die auf Grundlage des Gemeinschaftsrechts gewonnen werden, können aber beim gegenwärtigen Stand des Gemeinschaftsrechts nicht allumfassend sein. Viele Streitfragen des privaten Haftungsrechts sind im Gemeinschaftsrecht bisher nicht virulent geworden.⁵ Hier kann eine Lösung nur mittels der erstgenannten Ansätze gefunden werden.

Die Harmonisierung des Europäischen Deliktsrechts steht gegenwärtig nicht auf der Agenda der Gemeinschaft. Allerdings hat das Europäische Parlament in mehreren Entschlüssen⁶ zumindest eine Kodifizierung von Teilen eines Zivilgesetzbuchs gefordert, und auch der Europarat setzt sich für eine Angleichung ein.⁷ Der Europäische Rat griff dies unlängst auf und forderte eine Evaluation, ob die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts eine Zivilrechtsangleichung erfordere.⁸ Die Kommission hat vor diesem Hintergrund eine Mitteilung an den Rat und das Parlament angenommen, in der sie verschiedene Optionen zur Schaffung eines europäischen Vertragsrechts andenk⁹. Auch

⁵ Als Beispiel soll hier nur auf die viel diskutierte *wrongful life*-Problematik hingewiesen werden, vgl. für *Deutschland*: BVerfG, 12.11.1997, NJW 1998, S. 519 ff. (1. Senat); *Deutsch*, NJW 1998, S. 510 f.; BGH, 16.11.1993, BGHZ 124, S. 128 ff.; BGH, 27.6.1995, NJW 1995, S. 2407 – Ersatz für Unterhalt und Schmerzen bei der Geburt, anders aber OLG Köln, 9.1.1997, VersR 1997, S. 1006; vgl. auch *obiter* BVerfG, 28.5.1993, NJW 1993, S. 1751, 1764 (2. Senat); *Laufs*, NJW 1998, S. 796 ff.; *Frankreich*: Cass. civ., 9.5.1983, Bull. Civ. 1983 I, Nr. 140 – Unterhaltszahlungen für ein Kind aus ungewollter Schwangerschaft sind zu ersetzen; aber nicht, wenn aus einer fehlgeschlagenen Abtreibung ein gesundes Kind hervorgeht, C.E., 2.7.1982, D. 1984, S. 425 ff.; Cass. civ.; 25.6.1991, D. 1991, S. 566 ff. mit Anm. *Le Tourneau*; vgl. zur neueren Rechtsprechung v. *Bar*, ZEuP 2000, S. 119 ff.; *Großbritannien*: *Emeh v. Kensington and Chelsea and Westminster Area Health Authority*, 3 (1984) All E.R., S. 1044 ff. – Unterhaltskosten für Mehrkosten eines behindert geborenen Kindes werden ersetzt; *McFarlane v. Tayside Health Board*, 4 (1999) All E.R., S. 961 ff. – Bei Geburt eines gesunden Kindes nach missglückter Sterilisation wird lediglich ein Schmerzensgeld für die Geburt sowie die durch die Schwangerschaft entstandenen Mehrkosten, nicht aber die Kosten der Kindeserziehung ersetzt. Das House of Lords bestätigte damit das Urteil des Court of Session, SLT Reports 1998, S. 307 ff. In der Eingangsinstanz wurden noch sämtliche Ansprüche zurückgewiesen, vgl. SLT Reports 1997, S. 211, 216 per Lord *Gill*; ausführlich v. *Bar*, ZEuP 1998, S. 327 ff.; *Hauberichs*, Haftung, S. 103 ff.; *Niederlande*: Hoge Raad, 21.2.1997, RvdW 1997, Nr. 54 C, S. 335 ff. – Unterhalt und Verdienstausschlag sind zu ersetzen.

⁶ Zuletzt: Entschließung des Parlaments zur Annäherung des Zivil- und Handelsrecht der Mitgliedstaaten, v. 15.11.2001, A5-0384/2001; zu den anderen Entschlüssen vgl. *Magnus*, ZEuS 2002, S. 127 ff.; *Remien*, ZfRV 1995, S. 120 ff.

⁷ Vgl. Council of Europe, 1st Colloquy on European law, Redress for non-material damage, insbesondere Conclusion No. 14.

⁸ Europäischer Rat von Tampere, Oktober 1999, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, SI (1999) 800, Rn. 39. Das Parlament hat ebenfalls eine Studie in Auftrag gegeben, vgl. Generaldirektion Wissenschaft des Europäischen Parlaments (Hrsg.), Untersuchungen der Privatrechtsordnungen der EU im Hinblick auf Diskriminierungen und die Schaffung eines Europäischen Zivilgesetzbuches, Reihe Rechtsfragen, Dok. Juri 103 de.

⁹ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Europäischen Vertragsrecht vom 11.7.2001, KOM (2001) 398 endg.; dazu *Staudenmayer*, EuZW 2001, S. 485 ff.; *Grundmann*, NJW 2002, S. 393 ff.; v. *Bar/Lando*, ERPL 10 (2002), S. 183 ff.

wenn eine Kodifizierung bzw. Angleichnung des europäischen Privatrechts unter verschiedenen Gesichtspunkten kritisiert wird,¹⁰ fokussiert sich die aktuelle wissenschaftliche Diskussion bereits auf die Bildung gemeinsamer Grundregeln bzw. Kodifikationsentwürfe für bestimmte Teile des Privatrechts. Neben umfassenden Einzelarbeiten¹¹ bildeten sich Netzwerke zur Ausarbeitung eines europäischen Zivilrechts. Genannt seien hier nur die *Lando-Kommission*¹² und deren Nachfolger, die *Study Group on a European Civil Code*¹³, die *Academy of European Private Lawyers*¹⁴, die *European Group on Tort Law*¹⁵, das *Common Core Projekt aus Trient*¹⁶, die *Project Group Restatement of European Insurance Contract Law*¹⁷, die *Storme-Gruppe* zum Zivil-

¹⁰ Vgl. nur die Bedenken bei *Blaurock*, JZ 1994, S. 270 ff.; *Großfeld/Bilda*, ZfRV 1992, S. 421, 430; *Hauschka*, JZ 1990, S. 521 ff.; *Koopmanns*, ERPL 5 (1997), S. 541 ff.; *Legrand*, MLR 1997, S. 44 ff.; *Markesinis*, ERPL 5 (1997), S. 519 ff.; *Ulmer*, JZ 1992, S. 1 ff.; *Taschner*, in: *Müller-Graff*, Privatrecht, S. 225 ff. Es ist allgemein anerkannt, dass die Gemeinschaft beim derzeitigen Stand des Gemeinschaftsrechts keine Kompetenz zu einer umfassenden Harmonisierung hat, wohl aber für einzelne Rechtsgebiete, vgl. *Basedow*, AcP 200 (2000), S. 445, 473; *ders.*, in: *Basedow*, Private Law in the International Arena, S. 17, 18; *Magnus*, in: *Schwenger*, Schuldrecht, S. 50; *Remien*, JZ 1992, S. 277 ff.; *van Gerven*, ERPL 5 (1997), S. 465 ff.; *Lurger*, Grundfragen, S. 104 ff.

¹¹ Vgl. v. *Bar*, Deliktsrecht I und II, passim; sowie v. *Bar*, in: *Rengeling*, Europäisierung, S. 167 ff.; *Schlechtriem*, Restitution I und II, passim. Häufig werden derartige Untersuchungen auch als Gemeinschaftswerk herausgegeben, vgl. nur *van Gerven/Lever/Larouche*, Tort Law, passim. Bisweilen wird das nationale Recht aus internationaler bzw. europäisierter Perspektive betrachtet, vgl. *Brüggemeier*, Prinzipien, passim; *Stoll*, Haftungsfolgen, passim.

¹² Die *Commission on European Contract Law*, im deutschen Schrifttum als *Lando-Kommission* bezeichnet, hat mittlerweile den ersten und zweiten Teil ihrer *Principles of European Contract Law* vorgelegt, vgl. *Lando/Beale*, Principles I und II, passim. Die *principles* sind in deutscher Sprache abgedruckt in ZEuP 2000, S. 675 ff.; dazu *Zimmermann*, ZEuP 2000, S. 391 ff. Band III wird 2003 erscheinen.

¹³ v. *Bar*, in: *Gottwald/Schwab/Jayme*, Festschrift für Henrich, S. 3 ff.; *ders.*, ZEuP 2001, S. 515 ff. Die *Study Group* besteht aus verschiedenen Arbeitsgruppen und Arbeitsebenen.

¹⁴ *Gandolfi*, Code Européen des Contrats, passim; dazu *Sonnenberger*, RIW 2001, S. 409 ff.; *Sturm*, JZ 2001, S. 1097 ff.

¹⁵ Vgl. zur Arbeit der *European Group on Tort Law*, ehemals als *Tilburg-Gruppe* bezeichnet, *Spier/Haazen*, ZEuP 1999, S. 469 ff.; bislang sind sechs Bände publiziert worden: *Spier*, Limits of Liability, passim; *Spier*, Limits of Expanding Liability, passim; *Koziol*, Wrongfulness, passim; *Spier*, Causation, passim; *Magnus*, Damages, passim; *Rogers*, Damages for Non-Pecuniary Loss, passim.

¹⁶ Dazu *Bussani/Mattei*, Colum. J. of Europ. L. 3 (1997-98), S. 339 ff.; *Bussani*, Hastings Int'l & Comp. L. Rev. 21 (1998), S. 785 ff.; *Mattei*, Hastings Int'l & Comp. L. Rev. 21 (1998), S. 883, 898 ff.; *Cartwright*, ZEuP 1999, S. 989 f.; dieses Projekt heißt auch *Common Core of European Private Law*. Die Werke von *Zimmermann/Whittaker* (Hrsg.), Good Faith in European Contract Law und *Gordley* (Hrsg.), The Enforceability of Promises, waren 2000 bzw. 2001 die ersten Veröffentlichungen dieser Gruppe.

¹⁷ *Rudisch*, VersR 2000, S. 827 f.; *Reichert-Facilides*, in: Festgabe Mayrhofer, S. 179 ff.; allgemein zur Notwendigkeit der Vereinheitlichung von Teilen des Versicherungsvertragsrechts *Basedow*, J.B.L. 2001, S. 569 ff.; *Reichert-Facilides*, Europäisches Versicherungsvertragsrecht? in: Festschrift für Drobnig, S. 119 ff. Die Projektgruppe *European Insurance Contract Law* kooperiert eng mit der Arbeitsgruppe

prozessrecht¹⁸, das Netzwerk *Common Principles of European Private Law*¹⁹ sowie die *Commission on European Family Law*²⁰. Der wissenschaftlichen Diskussion kommt eine Vorreiterrolle zu, die den Nährboden für eine sehr viel später einsetzende (partielle) Harmonisierung des Privatrechts schafft.²¹ Die Erfahrungen, die der Kodifikation des BGB vorangingen, haben gezeigt, dass echte Rechtseinheit nur durch einen vorangehenden Meinungsbildungsprozess erreicht werden kann.²²

B. Themeneingrenzung

Grundlage der Untersuchung ist das Gemeinschaftsrecht zur außervertraglichen Haftung. Dabei beschränke ich mich auf das EG-Recht im engeren Sinne, d.h. gemeinschaftsrechtliches Primär-, Sekundär- und Tertiärrecht. Im Gegensatz zu bisherigen Ansätzen, in denen jeweils einzelne Haftungssysteme behandelt wurden, bezieht die vorliegende Arbeit alle relevanten Haftungssysteme des Gemeinschaftsrechts mit ein. Ausgenommen bleiben völkerrechtliche Haftungskonventionen, die im europäischen Zusammenhang zwischen den EG-Mitgliedstaaten abgeschlossen wurden²³ und Sonderbereiche der Haftung, die im Agrarrecht von Bedeutung sein können.²⁴

Versicherungsvertragsrecht (Leitung: *Basedow*) der *Study Group of a European Civil Code*. Zum Versicherungsvertragsrecht ist mittlerweile eine umfassende rechtsvergleichende Untersuchung in drei Bänden erschienen, vgl. *Basedow/Fock*, Versicherungsvertragsrecht, passim.

¹⁸ Dazu *Storme*, Droit judiciaire, passim.

¹⁹ Vgl. *Cobmann*, ZEuP 1998, S. 379 f., sowie allg. *Schulze*, ZEuP 1993, S. 442 ff.

²⁰ Vgl. die Ankündigung in ZEuP 2002, S. 647.

²¹ *Basedow*, ERPL 9 (2001), S. 35, 48 f. verweist auf die langen Vorarbeiten, die der Kodifikation des BGB (um 25 Jahre) und des niederländischen BW (über 40 Jahre) vorausgingen und betont, dass die Ausarbeitung einer Kodifikation auf europäischer Ebene ebenfalls einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird. Er schlägt ein Gesetzgebungsverfahren in drei Phasen vor, welches in 20-30 Jahren zum Inkrafttreten einer Europäischen Schuldrechtsverordnung führen könne.

²² Der Verweis auf den Diskurs zwischen *Thibaut* und *Savigny* aus dem Jahr 1814 liegt nahe, ging es dort doch ebenfalls – auf Deutschland bezogen – um die Frage, ob ein einheitliches Gesetzbuch sofort kodifiziert werden solle oder zuerst eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Privatrechts stattfinden müsse, vgl. *Zimmermann*, *Columb. J. of Europ. L.* 1 (1994-95), S. 63, 80 ff.

²³ Zu den multi- oder bilateralen Staatsverträgen, vgl. v. *Bar*, *Deliktsrecht I*, S. 374 ff.; *Magnus*, ZEuP 1998, S. 602, 606 ff.

²⁴ Dabei geht es zumeist um die Rückforderung von Beihilfen im weitesten Sinne. In den betreffenden Fällen wurden Molkereien für Fehlverhalten von zuliefernden Milchproduzenten haftbar gemacht, vgl. dazu nur EuGH, 11.5.1977, verb. Rs. 99 und 100/76, (*Romboterfabriek „De Beste Boter“ ./. BALM*), Slg. 1977, S. 861 ff.; EuGH, 28.6.1984, Rs. 187 und 190/83, (*Nordbutter ./. Deutschland*), Slg. 1984, S. 2553 ff.

Die vertragliche Haftung wird ebenfalls nicht behandelt, obgleich Kernelemente der außervertraglichen und vertraglichen Haftung gleich sind. Dies gilt insbesondere für die Haftungsvoraussetzung der Kausalität, sowie für den Schadensbegriff und die Berechnung des Schadensersatzes. Die Abgrenzung der außervertraglichen von der vertraglichen Haftung im Gemeinschaftsrecht ist schwierig. Bislang hat die Lehre dieser Frage wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obgleich die vertraglichen Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und Privaten mittlerweile ein Volumen von 10 % des Gemeinschaftshaushalts ausmachen.²⁵ Anhaltspunkte ergeben sich aus Art. 288 (215 a.F.) EG bzw. 188 EAGV. Danach bestimmt sich die vertragliche Haftung der Gemeinschaft nach dem Recht, das auf den (zivilrechtlichen) Vertrag²⁶ anwendbar ist, Art. 288 I (215 I a.F.) EG, 188 I EAGV.²⁷ Danach muss man Ansprüche vor nationalen Gerichten geltend machen, Art. 240 (183 a.F.) EG, 155 EAGV. Das auf den Vertrag anwendbare Recht bestimmt sich nach den Regeln des internationalen Privat- und Prozessrechts. Die außervertragliche Haftung der Gemeinschaft gem. Art. 288 II (215 II a.F.) EG, 188 II EAGV ist gemeinschaftsrechtlich determiniert. Ansprüche aus außervertraglicher Haftung muss der Geschädigte vor dem EuG einklagen.

In der Praxis ist die Abgrenzung nicht von großer Bedeutung, da die Verträge der Gemeinschaft regelmäßig eine Schiedsklausel enthalten, die die Zuständigkeit des EuGH festlegt.²⁸ Die Differenzierung in vertragliche und außervertragliche Haftung macht deutlich, dass der Gemeinschaftsgesetzgeber eine lückenlose Regelung angestrebt hat. Alle Haftungsfragen sind einer der beiden Alternativen zuzuordnen. Wie diese Einordnung zu geschehen hat, ist noch nicht entschieden. Weder das EuG noch der EuGH haben sich dazu bislang geäußert. Im Schrifttum besteht Einigkeit darüber, dass die Abgrenzung autonom zu erfolgen hat.²⁹ Inhaltlich findet man aber keine konkreten Abgrenzungsvorschläge. Einige Stimmen betonen, dass die vertragliche Haftung sehr „weit gefasst“ sei und quasi-vertragliche Ansprüche (*culpa in contrahendo*) sowie gesetzliche Schuldverhältnisse (Geschäftsführung ohne Auftrag, An-

²⁵ Grunwald, EuR 1984, S. 227 f.

²⁶ Für öffentlich-rechtliche Verträge, d.h. solche Verträge, die zwischen der Gemeinschaft und einer Organisation des öffentlichen Rechts geschlossen werden, gilt diese Vorschrift nicht. Vgl. zu den öffentlich-rechtlichen Verträgen, für die noch keine Haftungsregeln entwickelt worden sind, Bleckmann, DVBl. 1981, S. 889 ff.

²⁷ Ähnliche Normen existieren in den Gründungsstatuten bzw. in sekundärrechtlichen Regelungen für die Satelliteneinrichtungen wie die Europäische Investitionsbank oder die Europäische Zentralbank, vgl. die Nachweise bei Heukels, in: Heukels/McDonnell, Action for Damages, S. 89, 92 ff.

²⁸ G/T/E-Giltsdorf/Oliver, Art. 215, Rn. 8; vgl. die insoweit typische Fallkonstellation von EuGH, 1.6.1995, Rs. C-42/94, (Heidemij Advies BV ./ EP), Slg. 1995-I, S. 1417 ff., in der es um Schadensersatzansprüche nach belgischem Recht ging.

²⁹ Vgl. für viele G/T/E-Giltsdorf/Oliver, Art. 215, Rn. 3.

sprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung) umfasse.³⁰ Andere legen ein „enges Verständnis“ des Vertragsrechts zugrunde, da durch die Verweisung auf nationales Recht keine einheitliche Lösung gleichartiger Fälle gewährleistet werden könne, so dass quasi-vertragliche und gesetzliche Schuldverhältnisse als außervertragliche Ansprüche anzusehen seien.³¹

Eine genauere Abgrenzung findet man in der Rechtsprechung des EuGH zur Auslegung des EuGVÜ bzw. dessen Nachfolger EuGVO. Die Trennung zwischen deliktischen und vertraglichen Ansprüchen wird bei der Frage relevant, ob abweichend vom allgemeinen Gerichtsstand des Beklagtenwohnsitzes eine besondere Zuständigkeit gem. Art. 5 EuGVÜ bzw. Art. 5 EuGVO gegeben ist. Bei Ansprüchen aus unerlaubter Handlung kann Klage vor einem Gericht an dem Ort erhoben werden, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist (bzw. einzutreten droht), Art. 5 Nr. 3 EuGVO. Bei vertraglichen Ansprüchen kommt gem. Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ bzw. nunmehr Art. 5 Nr. 1 lit. a-c EuGVO auch der Erfüllungsort als Gerichtsstand in Betracht. Der EuGH bejahte in seiner Rechtsprechung zum EuGVÜ einen Gerichtsstand am Erfüllungsort, wenn die Pflichten, aus deren Verletzung ein Schadensersatzanspruch hergeleitet wird, in einem so engen Zusammenhang mit einem Vertrag stehen, dass dieses vertragliche Element ganz im Vordergrund steht und auch den Charakter des Rechtsverhältnisses entscheidend prägt.³² Als vertragliche Ansprüche sind Ansprüche auf Schadensersatz wegen Verzug, Unmöglichkeit, positiver Vertragsverletzung, Sachmängelgewährleistung und *culpa in contrahendo* einzuordnen; letztere aber nur soweit nicht deliktsähnliche Elemente im Vordergrund stehen.³³ Der Begriff der unerlaubten Handlung gem. Art. 5 Nr. 3 EuGVÜ bezieht sich auf solche Klagen, mit denen eine Schadenshaftung des Beklagten geltend gemacht wird, die nicht an einen Vertrag im Sinne von Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ bzw. jetzt Art. 5 Nr. 1 lit. a-c EuGVO anknüpft.³⁴ Es handelt sich um Eingriffe in subjektive Rechte, rechtliche Interessen oder Vermögenspositionen.³⁵ Außervertragliche Ansprüche umfassen neben schuldhaften Verstößen (unerlaubten Handlungen im engeren Sinn) auch Ansprüche aus Gefährdungshaftung sowie nichtvertragliche Ausgleichs- bzw. Erstattungsansprüche für rechtmäßiges Handeln. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung, sofern sie nicht die Rückabwicklung eines

³⁰ G/T/E-Giltsdorf/Oliver, Art. 215, Rn. 4 ff.; Heukels, in: Heukels/McDonnell, Action for Damages, S. 89, 94.

³¹ Grabitz/Hilf-v. Bogdandy, Art. 215, Rn. 22; wohl auch Lenz-Lageard, Art. 288, Rn. 3.

³² Vgl. die Nachweise bei Geimer/Schütze, EuGVÜ, Art. 5, Rn. 161. Diese Auslegung gilt auch unter der EuGVO fort, vgl. Kropholler, EuZPR, Art. 5, Rn. 11.

³³ Vgl. die Nachweise bei Münchener Kommentar-Gottwald, IZPR-EuGVÜ, Art. 5, Rn. 3 ff.; Geimer/Schütze, EuGVÜ, Art. 5, Rn. 162; Kropholler, EuZPR, Art. 5, Rn. 67.

³⁴ EuGH, 27.9.1988, Rs. 189/87, (Kafelis ./ Schröder), Slg. 1988, S. 5565, 5585; Kropholler, EuZPR, Art. 5, Rn. 65.

³⁵ Geimer/Schütze, EuGVÜ, Art. 5, Rn. 148; Kropholler, EuZPR, Art. 5, Rn. 66.

Vertrages zum Gegenstand haben³⁶, sowie Quasikontrakte, wie die Geschäftsführung ohne Auftrag, fallen unter keinen der beiden Gerichtsstände,³⁷ sondern können nur am allgemeinen Gerichtsstand geltend gemacht werden. Diese Abgrenzung gilt jedoch prozessual zur Bestimmung des zuständigen Gerichts. Materiell-rechtlich ist der Anspruch entsprechend dem jeweils anwendbaren Recht einzuordnen.³⁸

Somit gilt im Gemeinschaftsrecht folgende Abgrenzung: Schadensersatzansprüche aus Nicht- und Schlechterfüllung eines Vertrages, also Unmöglichkeit, Verzug, positive Vertragsverletzung und Sachmängelgewährleistung, sind vertragliche Ansprüche. Ansprüche aus *culpa in contrahendo* können nicht pauschal zugewiesen werden. Vielmehr muss untersucht werden, ob die Pflichtverletzung bei Vertragsschluss in engem Zusammenhang mit dem Vertrag steht, oder ob sie deliktischen Charakter besitzt. Ein deliktischer Anspruch liegt bei Eingriffen in eine subjektive Rechtsposition oder der Verletzung eines rechtlich geschützten Interesses vor. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag oder bereicherungsrechtliche Ansprüche sind eigenständige Systeme. Die Regelung des Art. 288 (215 a.F.) EG, 188 EAGV ist insofern sehr ungenau formuliert. Die Vertragsparteien hätten der Klarheit halber in den Absatz 1 der Normen neben der vertraglichen Haftung auch „andere Ansprüche“ aufnehmen sollen. Diese müssen in Absatz 1 hineingelesen werden, so dass Ansprüche aus gesetzlichen Schuldverhältnissen nach nationalem Recht vor nationalen Gerichten geltend zu machen sind.

Vor diesem Hintergrund kann man verschiedene Bereiche des Gemeinschaftsrechts zur Ausarbeitung einheitlicher Grundprinzipien heranziehen. Zum einen ist auf die außervertragliche Haftung der Gemeinschaft gem. Art. 288 II (215 II a.F.) EG, 188 II EAGV, 34, 40 EGKSV einzugehen und die Staatshaftung der Mitgliedstaaten heranzuziehen. Weiterhin werden die haftungsrechtlichen Ansprüche der Gemeinschaftsbediensteten gegen die Gemeinschaft als Anstellungsbehörde einbezogen. Diese drei Systeme bilden den Kern des außervertraglichen Haftungsrechts der Gemeinschaft. Haftungsnormen finden sich viertens im Sekundärrecht der Gemeinschaft. Schließlich können allgemeine Grundsätze des Haftungsrechts auch aus der Rechtsprechung des EuGH zur haftungsrechtlichen Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts gewonnen werden. Die letzten beiden Systeme sind bislang nur rudimentär ausgeprägt und müssen daher als Nebensysteme angesehen werden. Ergänzend soll auf andere Rechtsgebiete mit haftungsrechtlichem Bezug eingegangen werden. Dabei handelt es sich um den einstweiligen Rechtsschutz und die EuGVO. Es sind Gebiete, die nicht primär dem Haftungsrecht zuzuordnen sind, aber zu bestimmten Fragen ergänzend herangezogen werden können.

³⁶ Bereicherungsrechtliche Ansprüche zur Rückabwicklung von Verträgen unterliegen dem Vertragsgerichtsstand gem. Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ bzw. Art. 5 Nr. 1 lit. a-c EuGVO.

³⁷ *Geimer/Schütze*, EuGVÜ, Art. 5, Rn. 32 und 165; *Kropholler*, EuZPR, Art. 5, Rn. 66.

³⁸ *Geimer/Schütze*, EuGVÜ, Art. 5, Rn. 11.

C. Methode und Gang der Darstellung

Die Ausarbeitung von gemeinschaftsrechtlichen Haftungsprinzipien stützt sich primär auf die gemeinschaftsrechtlichen Systeme des Haftungsrechts. In einem ersten Schritt wird daher das Gemeinschaftsrecht systematisch aufbereitet, um die Dogmatik der Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte zu erfassen. Die gemeinschaftsrechtlichen Haftungssysteme sind alle direkt oder indirekt aus den allgemeinen Grundsätzen, die den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten gemeinsam sind, entwickelt worden. Art. 288 (215 a.F.) EG, 188 EAGV verweist ausdrücklich auf die allgemeinen Rechtsgrundsätze. In allen anderen haftungsrechtlichen Systemen des Gemeinschaftsrechts greift die Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe auf die allgemeinen Rechtsgrundsätze der Mitgliedstaaten zurück, so dass diese Haftungssysteme indirekt auf den nationalen Rechtsordnungen beruhen.³⁹ Die richterliche Weiterentwicklung des Gemeinschaftsrechts wird ebenfalls stark durch nationale Rechte beeinflusst, wie *van Gerven*⁴⁰ zutreffend ausführt:

„To say it paraphrasing *Lord Denning's* famous statement: Time has come for the incoming tide of Community law to be reversed. That is to say it in warrior's terms of the past: Time has come for the Community invader to be invaded by the legal orders of the Member States.“

Deshalb wird in einem zweiten Schritt vergleichend analysiert, inwieweit das Gemeinschaftsrecht die in den nationalen Rechten vorgesehenen Lösungen übernimmt und inwieweit sie an gemeinschaftsrechtliche Verhältnisse angepasst werden. Da nicht alle nationalen Rechte einbezogen werden können, konzentriert sich die Darstellung auf die Rechtsordnungen Englands, Frankreichs und Deutschlands,⁴¹ stellvertretend für ihre Rechtskreise. Natürlich kann der Rechtsvergleich nicht allumfassend sein, dazu sei an dieser Stelle auf die Arbeiten zum gemeineuropäischen Deliktsrecht verwiesen.⁴² Er soll als Basis zur Einordnung der Rechtsprechung der Gemeinschaftsgerichte dienen.

³⁹ Vgl. zur Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe die vergleichenden Ausführungen bei *GA Lagrange*, Schlussanträge zu EuGH, 11.2.1955, Rs. 3/54, (*Assider ./ Hohe Behörde*), Slg. 1954/55, S. 157, 178; EuGH, 22.2.1979, Rs. 133/78, (*Gourdain ./ Nadler*), Slg. 1979, S. 733, 743.

⁴⁰ *van Gerven*, in: *Mélanges Schockweiler*, S. 593, 598, mit Bezug auf die Entscheidung C.A., *Bulmer v. Bollinger*, 2 (1974) All. E.R., S. 1226, 1231, in der *Lord Denning* zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts ausführte: „When we come to matters with a European element, the Treaty is like an incoming tide. It flows into estuaries and up the rivers. It cannot be held back. Parliament has decreed that the Treaty is henceforward to be part of our law. It is equal in force to any statute [...]“

⁴¹ Von den in der EU vorherrschenden vier großen Rechtskreisen, dem romanischen, germanischen, angelsächsischen und nordischen, muss letzterer aus Sprachgründen ausgeschlossen werden. Zur Aufteilung der Rechtskreise, *Zweigert/Kötz*, Einführung, S. 62 ff.

⁴² v. *Bar*, Deliktsrecht I und II, passim; *Brüggenmeier*, Prinzipien, passim; sowie die Arbeiten der *European Group on Tort Law*, insb. *Koziol*, Wrongfulness, passim; *Spier*, Causation,

In einem dritten Schritt wird unter Einbeziehung der Ergebnisse, die bei der Untersuchung der nationalen Rechte gewonnen wurden, ein Ausblick über die Fortentwicklung des gemeinschaftsrechtlichen Haftungsrechts gegeben. Die Lösungen der nationalen Deliktsrechte divergieren oftmals, so dass funktionale Rechtsgrundsätze gebildet werden müssen. Diese funktionale Methodik der Rechtsvergleichung verwendet auch der EuGH.

Betrachtet man die Bezugspunkte des Rechtsvergleichs, so stellt sich die Frage, ob als vergleichender Bezugspunkt die nationalen Staatshaftungsrechte oder das Zivilrecht heranzuziehen sind. Bisherige Ansätze haben sich zumeist auf die außervertragliche Haftung gem. Art. 288 II (215 II a.F.) EG beschränkt und dort in der Regel nationales Staatshaftungsrecht als Vergleichsbasis verwendet.⁴³ Der vorliegenden Arbeit liegt jedoch ein umfassender Ansatz zugrunde, in dem neben der außervertraglichen Haftung der Gemeinschaft auch andere Haftungssysteme des Gemeinschaftsrechts einbezogen werden. Daher bietet sich insgesamt betrachtet ein Vergleich mit den zivilrechtlichen Systemen an: Zum einen basiert in fast allen nationalen Rechtsordnungen die Staatshaftung auf der zivilrechtlichen Haftung oder ist sogar kongruent, so dass man auch bei der außervertraglichen Haftung der Gemeinschaft von einer zivilrechtlichen Grundlage sprechen kann.⁴⁴ Gerade Kernbegriffe wie Rechtswidrigkeit, Schaden, Kausalität oder Mitverschulden sind in allen Haftungssystemen dem Zivilrecht entlehnt. Um den Besonderheiten der Haftung eines Legislativorgans genüge zu tun, ändert sich im Gemeinschaftsrecht nicht die zivilrechtliche Grundstruktur als solche, sondern es werden andere Maßstäbe angelegt bzw. einschränkende Zusatzkriterien entwickelt. Weiterhin ist es ein Ziel der Arbeit, die Bedeutung der gemeinschaftsrechtlichen Haftung zur Ausarbeitung eines gemeineuropäischen Zivilrechts fruchtbar zu machen, so dass auf zivilrechtliche Problemstellungen eingegangen werden muss.

passim; *Magnus*, Damages, passim; siehe auch die Beiträge in: *Zimmermann*, Grundstrukturen, insbesondere den Bericht von *Wagner*, S. 189 ff.

⁴³ *Mosler*, Haftung des Staates, passim; *Schockweiler/Wivenes/Godart*, RTDE 1990, S. 27 ff., *Buriánek*, S. 25 ff.; aus rechtsvergleichender Sicht, die das Gemeinschaftsrecht einbezieht: *Bell/Bradley*, Governmental Liability, passim. Für legislatives Unrecht: *Fetzer*, Haftung des Staates, S. 175 ff.; auf judikatives Unrecht bezogen: *Czaja*, Außervertragliche Haftung, S. 142 ff. Bisweilen finden sich aber auch Vergleiche mit zivilrechtlichen Haftungsnormen, vgl. *Heldrich*, Außervertragliche Schadenshaftung, S. 23 ff.; *van Gerven*, ICLQ 45 (1996), S. 507 ff.; gerade im internationalen Kontext werden Zivil- und Staatshaftungsrecht häufig zusammen behandelt, vgl. nur *Eörsi*, IECI. XI/1 Ch. 4, S. 1 ff.

⁴⁴ Insofern ist der von GA *Roemer* in seinen Schlussanträgen zu EuGH, 15.7.1963, Rs. 25/62, (*Plaumann /. Kommission*), Slg. 1963, S. 211, 258, geäußerte Standpunkt, dass bei Klagen gem. Art. 288 II (Art. 215 II a.F.) EG nicht auf allgemeines Schadensersatzrecht zurückgegriffen werden könne, überholt; dazu *Edward/Robinson* in: *Heukels/McDonnell*, Action for Damages, S. 339 ff. Klar ist auch, dass Zivilrecht und öffentliches Recht im Gemeinschaftsrecht nicht einfach nebeneinander stehen, sondern sich gegenseitig beeinflussen, *van Gerven*, MJ 5 (1998), S. 7 ff.

Die gemeinschaftsrechtlichen Haftungssysteme sind unterschiedlich aufgebaut. Teilweise werden sie originär gemeinschaftsrechtlich determiniert, teilweise sind sie eng mit nationalen Rechtsordnungen verknüpft. Erstere Systeme kann man als geschlossene Systeme bezeichnen, da die Haftungsvoraussetzungen allein aus dem Gemeinschaftsrecht stammen. Letztere Systeme kann man offene Systeme nennen, da neben dem Gemeinschaftsrecht auch nationales Recht zum Zuge kommt.

Zu Beginn der Arbeit sollen die Voraussetzungen der einzelnen Ansprüche dargestellt werden (1. Kapitel). Anschließend wird in einem zweiten Schritt die Verknüpfung der dargestellten Systeme aufgezeigt (2. Kapitel). Obgleich die Haftungssysteme nach deutschem Vorverständnis in eine (öffentlich-rechtliche) „Staatshaftung“ und (zivilrechtliche) „deliktische“ Haftung einzuteilen sind, fußen sie auf gleichen Grundlagen und haben trotz gewisser Unterschiede in der Ausgestaltung gleiche Aufgaben. Somit können die einzelnen Systeme als Subsysteme eines des außervertraglichen Haftungsrechts angesehen werden, aus denen man allgemeine gemeinsame Grundsätze ableiten kann.

Anschließend werden die Voraussetzungen der gemeinschaftsrechtlichen außervertraglichen Haftung aufgezeigt. Die Oberbegriffe ergeben sich aus der Sachlogik. Die funktionale Rechtsvergleichung hat gezeigt, dass sich in allen nationalen Deliktsrechten Strukturen finden, die auf das römische Recht zurückgehen.⁴⁵ Ein deliktischer Anspruch setzt ein rechtswidrig-schuldhaftes Verhalten voraus, welches in zurechenbarer Weise einen Schaden verursacht hat. Diese Struktur liegt auch der vorliegenden Arbeit zugrunde.⁴⁶

Nacheinander werden die Grundsätze des haftungsbegründenden (3. Kapitel) und haftungsausfüllenden (4. Kapitel) Tatbestandes des Gemeinschaftsrechts und der nationalen Rechte untersucht, um aus der Rechtsprechung des EuGH und des EuG „originäre“ gemeinschaftsrechtliche Haftungsgrundsätze abzuleiten. Im Anschluss daran werden bestehende Lücken der originären Haftungsgrundsätze durch funktionale, rechtsvergleichend entwickelte Haftungsgrundsätze geschlossen (5. Kapitel). Der Rechtsvergleich wird sich dabei auf ausgewählte Bereiche konzentrieren, da die *European Group on Tort Law* und die *Study Group on a European Civil Code* bereits sehr detaillierte rechtsvergleichende „*Principles of European Tort Law*“ erarbeiten.⁴⁷ Als

⁴⁵ *Zweigert/Kötz*, Einführung, S. 597 ff.; allg. dazu *Zimmermann*, Obligations, S. 902 ff.

⁴⁶ Im Übrigen orientiert sich der Aufbau meiner Arbeit an *Dannemann*, Schadensersatz, der in vergleichbarer Weise die Rechtsprechung des EGMR untersucht.

⁴⁷ Siehe Fn. 13 und 15.

Sachregister

- Abfälle, Haftung für gefährliche**, 68, 313
Abstrakte Nutzungsentschädigung, siehe Nutzungsentschädigung
abus de droit, 123
act of nature, 168
Adäquanztheorie, 159 f., 170, 176, 188 ff., 305
Affektionsinteresse, 264
aggravated damages, siehe damages
Agrarmarkt, 32 ff.
Alles-oder-Nichts-Prinzip, siehe Totalreparation
allgemeine Rechtsgrundsätze, 16 ff., 90, 144, 210, 262, 323 ff.
Amtsfehler, 27 ff., 59 ff., 99, 120 ff., 140, 153 ff., 158, 189, 342
Antidumping, 39 ff.
Äquivalenzgebot, siehe Diskriminierungsverbot
Äquivalenztheorie, 159, 164, 170, 174
Arbeitskraft, Beeinträchtigung der, 265 ff., 275 ff., 278 f., 282, 284 ff., 300, 335 f., 349
Ausgleichsfunktion, 94 ff., 233
Außenwirtschaftsrecht, 34, 39
außervertragliche Haftung der Gemeinschaft, 14 ff.
– administratives Unrecht, 18, 125 ff.
– Amtstätigkeit, 18
– Fehlerbegriff des EGKSV, 28
– Grundlagen, 15 ff.
– normatives Unrecht, 15, 23, 132 ff.
– Schaden, 22, 31
astreinte, 102
barème d'incapacité, 268, 284
basic loss, siehe loss
Begriff des Schadens, siehe Schadensbegriff
Beihilfen der Gemeinschaft, 32 ff., 37
Bereicherungsverbot, schadensrechtliches, 227 f., 230, 231, 233 f., 241 f., 319, 333, 347
Beweisrecht, 55, 165, 218 ff., 177, 179, 198, 223
Beweislastumkehr, 66 ff., 70
Billigkeit
– als Argumentationsmuster, 161, 170, 186, 218, 255, 287, 309, 312, 317, 347
– Billigkeitsentschädigung, 296 ff.
– Grundsatz der, 173, 349
bon père de famille, 122, 143, 149, 152
but-for test, 164 ff., 174
causation in fact, 164 ff.
cause étrangère, 172
causalité morale, 170
clean hands-Grundsatz, 307
consequential loss, siehe loss
culpa in contrahendo, 5 ff.
damages (s.a. loss)
– aggravated, 228, 243
– contemptuous, 228
– exemplary, 101, 228
– for bereavement, 248, 284 f., 302
– non-pecuniary, 282 ff.
– nominal, 226
– pecuniary, 228
– punitive, 101 ff., 243
Dauerschäden, 332
défenses
– consent, 118 ff., 326
– illegality, 118 ff., 326
– inevitable accident, 119, 187
– necessity, 119 ff.
– private defence, 119 ff.
– statutory authority, 119 ff.
défenses
– consentement, 122 f., 326
– état de nécessité, 122 f.
– légitime défense, 122 f.
Deliktsfähigkeit, 145, 148, 150, 152, 158, 323
délit, 112, 149
Deutschland
– abstrakte Nutzungsentschädigung, 264
– Beeinträchtigung der Arbeitskraft, 265 ff., 278 f.
– Grundzüge des Deliktsrechts, 109
– Kausalität, 159 ff.
– Mitverschulden, 304 ff.

- Rechtswidrigkeit, 113 ff.
- Schadensbegriff, 194 ff.
- Verschulden, 145 ff.
- Zinsen, 244 ff.
- dezentrale Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts**, 57, 76, 260
- Dienstleistungen**, Haftung für fehlerhafte, 66 ff.
- Differenzhypothese**, 194 ff., 197 f., 264, 271, 277 f., 320, 348
- dilemma-principle**, 303
- Diskriminierungsverbot**, 26, 32, 57, 73, 134, 176
- dommage**
 - actuel, 203
 - déterminé, 204
 - direct, 203
 - patrimonial, 269 ff.
 - pécuniaire, 269 ff.
- Drittmitverschulden**, 306, 308, 310, 313, 318, 337 f., 341, 349
- drittschützende Normen**, 21 ff., 125 f., 132, 141
- duty of care**, 112, 117 ff., 123, 143, 284
- earning capacity**, 267
- Effektivitätsgebot**, 55 f., 65, 73, 78, 84, 233
- effet utile**, 44, 105
- egg-shell rule**, 168, 327
- Eingrenzung der Haftung**, 143, 166 ff., 185
- Einseitiger Rechtsschutz**, 81 ff.
- Einwilligung**, 116, 119, 122 ff., 143, 325 f., 339, 344
- Embargoschaden**, 184
- England**
 - abstrakte Nutzungsentschädigung, 267
 - Beeinträchtigung der Arbeitskraft, 284
 - equity, 167, 199, 307, 311
 - Grundzüge des Deliktsrechts, 110
 - Kausalität, 164 ff.
 - Mitverschulden, 307 ff.
 - Rechtswidrigkeit, 116 ff.
 - Schadensbegriff, 198 ff.
 - Verschulden, 147 ff.
 - Zinsen, 246 ff.
- entgangener Gewinn**, 264 f., 267 ff., 269 f.
- Erfolgsunrechtslehre**, 113 ff.
- Ermessen**
 - EG-Organen, 18, 23, 30 ff., 40, 48
 - nationale Behörden, 51 ff., 73
- EuGVÜ**
 - Deliktort/Erfolgsort, 6, 83
 - Handlungsort, 6, 83
 - vertragliche/deliktsche Haftung, 6
- EuGVO**, siehe EuGVÜ
- exemplary damages**, siehe damages
- Fahrlässigkeit**, 114 f., 122, 145, 148 ff.
- Fatal Accidents Act**, 248, 284, 302
- faute**, 120 ff.
 - inexcusable, 150
 - intentionnelle, 171
 - légère, 149
 - lourde, 121, 149 ff.
- faute de service**, 120 ff.
- force majeure**, 172
- foreseeability**, 117, 167 ff.
- Frankreich**
 - abstrakte Nutzungsentschädigung, 269
 - Beeinträchtigung der Arbeitskraft, 286 f.
 - Grundzüge des Deliktsrechts, 112 f.
 - Kausalität, 169 ff.
 - Mitverschulden, 309 ff.
 - Rechtswidrigkeit, 117 ff.
 - Schadensbegriff, 202 ff.
 - Verschulden, 149 ff.
 - Zinsen, 249 ff.
- frustrierte Aufwendungen**, 264
- Funktionen des Schadensrechts**
 - Ausgleich, 94 ff.
 - Prävention, 96 ff.
 - Strafe, 100 ff.
- gain manqué**, 269
- gardiens**, 149
- Gefährdungshaftung**, 63 ff., 145, 147, 149, 153, 167, 172, 189, 343
- Geisteskranke als Schädiger**, 145, 148, 151 ff., 323 f., 339, 343
- Geldrente**, 231 ff., 246, 249, 251, 262, 332, 340, 347
- Gemeinschaftsrecht**
 - außervertragliche Haftung der Gemeinschaft, 15 ff.
 - Beamtenklagen, 58 ff.
 - *Francovich*-Haftung, 43 ff.

- haftungsrechtliches Sekundärrecht, 63 ff.
- Rechtswidrigkeit, 124 ff.
- Schadensbegriff, 208 ff.
- verlorene Chancen, 226, 295
- Verschulden, 153 ff.
- Zinsen, 251 ff.
- general damages**, siehe damages
- Gesamtschuld**, 162, 169, 173, 185 ff., 329 ff., 346
- gesetzliche Schuldverhältnisse**, 6
- Griechenland**
 - Funktionen des Haftungsrechts, 98 ff.
 - Staatshaftung, 93
- Güterminderung**, 264, 269, 271, 272, 276 ff., 320, 348
- Haftung der Gemeinschaft als Dienstherr**
 - Amtsfehler, 58 ff.
 - Beurteilungen, 60
 - Dienstbezüge, 61
- haftungsrechtliche Durchsetzung des Gemeinschaftsrechts**
 - Diskriminierungsverbot, 71 ff.
 - Effektivitätsgebot, 71 ff.
 - Gleichstellungsrecht, 73 ff.
 - Kartellrecht, 75 ff.
 - Vergabe öffentlicher Aufträge, 78 ff.
- Haftungssystem**
 - geschlossenes, 10, 85
 - Hauptsystem, 10, 85
 - Nebensystem, 11, 85
 - offenes, 11, 63, 85
- Handlungsunrechtslehre**, 114
- Harmonisierung**, 2 ff., 64
- heads of damages**, 282 ff.
- höhere Gewalt**, 172 ff., 175 f., 184 ff., 191, 346
- hypothetische Schadensursachen**, 163, 166 ff., 173
- Idealperson**, 326
- immediate cause**, 169
- immaterieller Schaden**
 - Begriff, 280, 282 ff., 285, 289 ff.
 - entgangene Lebensfreude, 282, 286, 288, 294, 300, 321, 348
 - physisches Unbehagen, 283, 288 f., 291
 - psychisches Leid, 291 f., 296 f., 321, 348
- imputabilité**, 121, 149 ff., 323
- incapacité**, 286 ff., 300
- Inflation**, 264, 248, 250, 258
- intention**, 147
- interests**, 246 ff.
- intérêt**
 - compensatoires, 249 ff.
 - juridiquement protégé, 203
 - légitime, 203 ff.
 - moratoires, 249 ff.
- Italien**
 - Funktionen des Haftungsrechts, 103
 - Inflation, 258
- judicial review**, 46 ff.
- Kartellrecht**, 75 ff.
- Kohärenz**, Grundsatz der
 - Hauptsysteme, 89 ff.
 - Nebensysteme, 91 ff.
- Kommerzialisierung**
 - der Nutzungsmöglichkeit, 195, 264, 334
 - des Persönlichkeitsrechts, 103, 227, 233, 243, 282
- Kompensation**, siehe Ausgleichsfunktion
- Körperschaden**, siehe Schaden
- last opportunity rule**, 308
- Legalausnahme**, 76
- legal causation**, 166, 174
- Loi Badinter**, 102, 150, 250
- loss**
 - basic, 267 ff.
 - consequential, 200, 267 ff.
 - direct, 200
 - future, 230, 268
 - non-pecuniary, 199, 267, 282 ff.
 - of a chance, 200 ff.
 - of amenities, 282
 - of earning capacity, 267
 - of expectations of life, 282
 - past, 230
 - pure economic, 200
- Luftverkehr**, Haftung im, 69 ff.
- lump sum**, 228 f., 332

Marktquoten

- Milchmarkt, 35 f.
- Stahlmarkt, 36 f.

materieller Schaden, 264 ff., 267, 269 ff., 272

Mehrheit von Schädigern, 184 ff., 191, 329, 346

mental distress, 283

Minderjährige als Schädiger, 145, 147, 151, 323

Mitverschulden, 304, 307, 309, 312 ff., 317

multiplier-multiplicant-Verfahren, 269, 272

multiple causes, 164

nationale Deliktsrechte, Grundlagen

- Deutschland, 109
- Frankreich, 110
- England, 112

Naturalrestitution, 227, 228, 230 f., 232 ff., 319, 347

neu für alt, 265, 267, 271, 278, 333, 340, 348

Nichtdiskriminierung, siehe Diskriminierungsverbot

Nichtvermögensschaden, siehe immaterieller Schaden

non-pecuniary loss, siehe loss

normativer Schaden, siehe Schadensbegriff

nova causa interveniens, 168, 266 f., 277, 333

Nutzungserschädigung, 223, 264, 275, 330

objektiver Sorgfaltsmaßstab, 145 ff., 147 ff., 149 ff., 153 ff.

öffentliche Auftragsvergabe, 41 ff., 78 ff.

Österreich

- Funktionen des Schadensrechts, 97, 102
- Schadensdefinition, 224
- Staatshaftungsrecht, 93
- *Rechberger*-Entscheidung, 53 ff.

overtaking causes, 165

pain and suffering, 248, 282 ff.

pecuniary loss, siehe loss

peine privée, 102 ff., 231

Persönlichkeitsrecht

- Ehrverletzung, 111, 294, 297
- juristischer Personen, 294 f.
- Verletzung durch Medien, siehe Kommerzialisierung

perte éprouvée, 269

Pflichtverletzung, 118, 129, 140, 143 ff.

Phare-Programm, 41 ff., 184, 217, 295

pouvoir souverain, 205, 287

préjudices moraux, 288 ff.

préjudice

- d'affection, 287
- d'agrément, 285
- esthétique, 285
- juvénile, 287

private law right, 47

Produkthaftung, 63 ff.

psychisches Leid, siehe immaterieller Schaden

public law right, 47 ff.

public policy, 117, 124

punitive damages, siehe damages

pure economic loss, siehe loss

qualifizierte Rechtswidrigkeit, 23 ff., 132 ff.

quasi-délit, 102, 149

reasonable man, 118, 148, 152, 186

reasonable foreseeability, 166, 172, 184

Rechtfertigungsgründe

- Einwilligung, 116
- Notstand, 115
- Notwehr, 115
- Züchtigungsrecht, 116

rechtmäßiges Alternativverhalten, 163

Rechtsschutzlücken der Gemeinschaft, 235, 241

Rechtsvergleichung, wertende, 15 ff.

Rechtswidrigkeit

- deutsches Recht, 113 ff.
- einfache, 18, 125
- Gemeinschaftsrecht, 124 ff.
- qualifizierte, 23 ff., 132 ff.

remoteness of damage, 166, 174, 187

réparation

- en équivalent, 230
- en nature, 230
- intégrale, 230

Reserveursache, 163, 328 ff., 340, 345

- Schaden**
- immaterieller, siehe immaterieller Schaden
 - materieller, siehe materieller Schaden
 - sicherer, 218 ff.
 - spezifischer, 220 ff.
 - tatsächlicher, 212 ff.
- Schadensbegriff**
- dreigliedriger, 195
 - natürlicher, 194, 197, 207
 - normativer, 194
- Schadensersatz**
- Währung, 239
 - symbolischer, 237
- Schadensanfälligkeit des Opfers**, 161, 171, 327 ff., 339, 345
- Schmerzensgeld**, 102 ff., 232, 245, 280 f., 282 f., 286, 291
- Schockschaden**, 281, 288, 301, 334 ff., 342
- Schöppenstedt-Formel**, 23
- Schutzzweck der Norm**, 130 ff., 161
- social discredit**, 281
- solidarité**, 173
- Sorgfaltspflichtverletzung**, siehe Pflichtverletzung
- Staatshaftung der Mitgliedstaaten**
- subjektive Rechtsposition, 50
 - hinreichend qualifizierter Verstoß, 51
 - nationale Haftungsvoraussetzungen, 54 ff.
- Staatshaftungsrecht, nationales**
- Deutschland, 46
 - England, 46
 - Frankreich, 47
- standard of care**, 118
- Strafschaden**, 97, 100 ff., 103 ff., 243, 320, 347
- suite immédiate et directe**, 170
- symbolischer Schadensersatz**, siehe Schadensersatz
- tariff**, 285
- Totalreparation**, 94 ff., 227 ff., 232 ff., 319, 347
- tort**
- assault, 111
 - battery, 111
 - breach of a statutory duty, 168
 - deceit, 147, 168
 - defamation, 109
 - false imprisonment, 110
 - libel, 111
 - misfeasance in public office, 47, 147
 - negligence, 112, 115
 - nuisance, 111
 - slander, 111
 - trespass 111
- unmittelbare Anwendbarkeit des Gemeinschaftsrechts**, 45, 50, 78
- Unterlassen**, 21, 56, 113, 118, 121, 124, 125, 142
- Vergabe öffentlicher Aufträge**, siehe öffentliche Auftragsvergabe
- Verdienstausfall**, 265, 274
- Verfahrensdauer**, überlange, 296
- verlorene Chancen**, 197, 200, 205, 213, 295 ff., 319, 321, 330, 346
- Verfolgerfälle**, 162
- Vermögensschäden**, siehe materieller Schaden
- Verschulden**, 145, 147, 149, 153 ff.
- Verwaltungsführung**, Prinzip der guten, 128
- vertragliche Haftung**, 5
- Vertrauensgrundsatz**, 127, 134
- vicarious liability**, 309
- Vorabentscheidungsverfahren**, 57, 64, 126
- Vorsatz**, 112, 137, 145, 153, 155, 305
- Warschauer System**, 69 ff.
- Währung des Schadensersatzes**, siehe Schadensersatz
- wirtschaftspolitischer Ermessenspielraum**, 18 ff., 26 ff., 132 ff.
- writ**, 110
- wrongful life**, 2
- wrongfulness**, 116 f.
- Zinsen**
- Ausgleichszinsen, 252 f., 258 ff.
 - Basiszinssatz, 245, 251
 - gesetzliche Zinsen, 248, 252
 - Prozesszinsen, 244, 252 f.,
 - Repo-Satz der EZB, 245, 251, 260 ff., 332, 340, 347
 - Verzugszinsen, 244 f., 253 ff., 320

Zwecke des Schadensrechts, siehe
Funktionen des Schadensrechts
Zwischenurteil, 22, 59, 193, 257 f.